

IRENE GALLINGE

Insolvenzen in neuen Dimensionen

Seit mehr als einem Jahrzehnt wird die Öffentlichkeit mit jährlich steigender Zahl von Unternehmenszusammenbrüchen konfrontiert. Wirtschaftliche Potentiale werden in wachsendem Umfang lahmgelegt und vernichtet, Arbeitsplätze gehen massenweise verloren – die volkswirtschaftlichen Schäden sind enorm. 2002 haben mehr als viermal so viele Unternehmen wie zu Beginn der neunziger Jahre Insolvenz beantragt.

Eine so andauernde Welle von Firmenpleiten hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Sie paßt nicht mehr in das traditionelle Schema vom Wirtschaftsablauf, in dem zyklisch rasch ansteigende und wieder sinkende Insolvenzzahlen typisch sind, in dem Insolvenzen eine strukturbereinigende Funktion ausüben und den Weg freimachen für neues Wachstum. Intensives Insolvenzgeschehen ist ein ständiger Bremsfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung geworden, was auf Veränderungen der Wachstums- und Entwicklungsbedingungen im Kapitalismus hinweist.

Zunächst spiegelt sich im Anwachsen von Insolvenzen die lang anhaltende schlechte Wirtschaftslage wider. In allgemeinere Zusammenhänge gestellt, reflektiert das gegenwärtige Insolvenzgeschehen aber auch monopolistische Anpassungsstrategien an die veränderten ökonomischen und politischen Bedingungen der Kapitalverwertung, deren Durchsetzung widersprüchliche Wirkungen zeigt. Neue Erscheinungsformen und Merkmale entstehen. Dazu gehört, daß der sprunghafte und fortwährende Anstieg der Insolvenzen seit den neunziger Jahren von einem hohen Niveau aus erfolgt. Des weiteren hat die Fokussierung auf den Sektor der kleinen und mittleren Unternehmen – obwohl es nach wie vor Zusammenbrüche von Großunternehmen gibt – derart zugenommen, daß die Entwicklungsmöglichkeiten des mittelständischen Wirtschaftssektors dadurch generell beeinträchtigt werden. Die Differenzierung der Firmenzusammenbrüche hat nach Branchen und Regionen zugenommen. Ständig hohe Insolvenzzahlen sind vor allem in Ostdeutschland inzwischen ein längerfristig wirkendes Wachstumshemmnis geworden.

Seit jeher gehört es zur Funktionsweise der kapitalistischen Marktwirtschaft, daß Unternehmen neu entstehen und wieder verschwinden, daß sich die Zahl, die Struktur, die Größe usw. der am Markt tätigen Unternehmen fortlaufend verändert. In der Vergangenheit war die Entwicklung der Insolvenzen überwiegend von den Bewegungen des Wirtschaftszyklus abhängig. Bankrotte von Unternehmen treten immer dazu bei, unter dem Gesichtspunkt der Kapi-

Irene Gallinge – Jg. 1939; Dr. oec.; bis 1990 Mitarbeiterin am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) in Berlin (DDR), danach im Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen (SÖSTRA) e.V.; Arbeitsgebiete: Konzerne und Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft, Konjunktur-entwicklung, Unternehmen in den neuen Bundesländern; Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe)

talverwertung entstandene Disproportionen in der Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu verringern. Überflüssige, sich schlecht oder gar nicht mehr verwertende Kapitale und Kapitalteile werden aus dem Verwertungsprozeß herausgelöst und die entsprechenden Unternehmen gehen bankrott. In der Krise wuchs die Zahl der Bankrotte, in Zeiten guter Konjunktur sank sie. Das hat generell auch heute Gültigkeit.

Table 1:

Unternehmensinsolvenzen in Deutschland

	Zahl der Insolvenzen	Anstieg in Prozent	Zahl der Insolvenzen		Zahl der Arbeitsplätze insolventer Unternehmen
			Westdeutschland	Ostdeutschland	
1990	8.730	- 9,0	8.730	-	.
1991	8.837	-	8.445	392	64.000****
1992	10.920	23,6	9.828	1.092	100.000****
1993	15.148	38,7	12.821	2.327	235.000****
1994	18.837	24,3	14.926	3.911	333.000
1995	22.344	18,7	16.470	5.874	394.000
1996	25.530	14,3	18.111	7.419	487.000
1997	27.474	7,6	19.348	8.126	554.000
1998	27.828	1,3	19.213	8.615	501.000
1999*	26.476	- 4,9	16.772**	7.567***	471.000
2000*	28.235	6,6	18.062**	8.047***	448.000
2001*	32.278	14,3	21.664**	8.506***	503.000
2002*	37.579	16,4	26.638**	8.847***	590.000

* Einschließlich Kleingewerbe ** Ohne Berlin West *** Ohne Berlin Ost **** Nur alte Bundesländer

Quelle: Statistisches Bundesamt: *Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden, Nr. 4/2003; Creditreform: Insolvenzen – Neugründungen – Löschungen, I. Halbjahr 2003, Neuss 2003.*

Lange Zeit galt der sprunghafte Anstieg von Unternehmensinsolvenzen in Krisenphasen als eine Art Frühindikator, der die Beendigung der Rezession und den bald folgenden wirtschaftlichen Aufschwung anzeigte. Dem lag die Beobachtung zugrunde, daß es einen engen Zusammenhang zwischen der kurzen zeitlichen Aufeinanderfolge der verschiedenen Phasen des Konjunkturzyklus einerseits sowie dem Auf und Ab von Unternehmensbankrotten andererseits gibt. Zahlungsunfähigen und in Schwierigkeiten befindlichen Unternehmen gelang es häufig, den Beginn der konjunkturellen Talfahrt zu überleben, so daß die Zahl der Bankrotte erst gegen Ende der Rezession bzw. vor dem Aufschwung ihren höchsten Anstieg verzeichnete. Von diesem Zusammenhang hat sich die Konjunkturforschung längst verabschiedet, denn den Krisenzyklus in seiner früheren Regelmäßigkeit gibt es nicht mehr.

Schon Anfang der zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts stellte Eugen Varga, der sich ein halbes Jahrhundert mit dem Wesen und der Zyklizität in der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung auseinandersetzte fest, daß der Krisenzyklus infolge sich verändernder wirtschaftlicher und politischer Bedingungen selbst ständigen Veränderungen unterliegt.¹ Mit der zunehmenden Verflechtung der

1 Vgl. Eugen Varga: *Ausgewählte Schriften 1918-1964*, Band 3, Berlin 1979.

kurzfristig zyklischen und der längerfristig strukturellen Krisenerscheinungen konnte dies in den letzten Jahrzehnten deutlich beobachtet werden. Es blieb nicht ohne Einfluß auf Tempo, Umfang und Formen des Insolvenzgeschehens.

Insolvenzen dienen auch unter den gegenwärtigen Bedingungen mit dazu, Monopolprofit zu garantieren und die Wanderung des monopolisierten Kapitals in lukrativere Anlagebereiche zu erleichtern. Das gelingt aber nur noch bedingt, läuft viel langwieriger und vielschichtiger ab als in früheren Zeiten und schafft auch nicht mehr die Voraussetzungen für den folgenden Wirtschaftsaufschwung. Ständig hohe Insolvenzzahlen, anhaltend hohe Freisetzung von Beschäftigten, denen keine ausreichend kompensierenden Investitions-, Produktions- und Beschäftigungsimpulse gegenüberstehen, gehen damit einher. Selbst in Jahren »hervorragender konjunktureller Verfassung« nehmen die Bankrotte zu, stellte Creditreform fest.² Der Konjunkturzyklus, d. h. die kurzfristige zyklische Überakkumulation von Kapital und deren rasche gewaltsame Beseitigung, reicht also längst nicht mehr als einziges Erklärungsmuster für das anhaltend hohe Insolvenzgeschehen aus.

Seit längerem vor sich gehende Umbrüche haben an Wirksamkeit gewonnen. Strukturelle Anpassungsprobleme von Wirtschaftszweigen, Branchen und Unternehmen, das Ungleichgewicht zwischen Inlands- und Auslandsexpansion der Unternehmen sowie die nicht bewältigte deutsche Wirtschaftseinheit spielen heute eine zunehmende Rolle. Strukturell bedingte Überakkumulation von Kapital ist zu einem wichtigen Bestimmungsfaktor für das gegenwärtige Insolvenzgeschehen geworden.

Insolvenzen können nicht losgelöst von der Konzentration in der Wirtschaft gesehen werden. Der finanzkapitalistisch dominierte Konzentrations- und Monopolisierungsschub seit den neunziger Jahren hat die Anhäufung von Kapital und Macht zugunsten einer geringen Zahl von Monopolgruppen stark beschleunigt. Fusionen und Übernahmen, Käufe und Verkäufe, häufig global und in Megadimensionen, haben sprunghaft zugenommen. Doch nicht nur über die noch meßbare Enteignung, Aneignung und Zentralisierung fremder Ressourcen – besonders derjenigen von Klein- und Mittelunternehmen – werden monopolistische Expansions- und Machtstrategien heute verwirklicht. Insolvenzen haben unterstützenden Effekt. Sie zeigen sozusagen die andere Seite der monopolistischen Verfügung über fremde Ressourcen an. Insolvenzwellen sind ebenso Kulminationsprozesse für den Monopolisierungsschub wie Konzentrationswellen, da beide objektiv monopolistische Verwertungsinteressen bedienen. Der Unterschied besteht vor allem darin, daß Konzentration bei den führenden Monopolgruppen und zu deren Gunsten erfolgt, Insolvenzen dagegen überwiegend im Bereich der abhängigen und nichtmonopolisierten kleinen und mittelgroßen Unternehmen angesiedelt sind und zu Lasten dieses Sektors gehen. Konzentration und Kapitalvernichtung sind häufig nicht mehr meßbar und verwirklichen sich über vielfältige Formen von Abhängigkeit, Beherrschung und Benachteiligung. Dazu kommt, daß sich mit der allgemeinen Durchsetzung des Shareholder-Value-Prinzips und der wachsenden Rolle der Banken neue Bewertungskriterien für Unternehmen her-

2 Creditreform: Wirtschaftslage Mittelstand, Frühjahr 1999.

ausbilden. Nicht nur die Verwertbarkeit der Kapitale für den Markt entscheidet über ihre Existenz, sondern ihr Wert am Kapitalmarkt. Die klassische Funktion der Unternehmensinsolvenz, nämlich den Markt zu bereinigen, kann auch unter diesem Aspekt nur noch bedingt wirksam werden.

Für das Jahr 2002 wurde vom Statistischen Bundesamt die Rekordzahl von 37 579 Unternehmensinsolvenzen ausgewiesen, 16,4 Prozent mehr als im Jahr davor. Schon seit Anfang der neunziger Jahre erhöhte sich die Zahl der Bankrotte jährlich in beispiellosem Tempo und ab 1993 gab es – mit leichter Ausnahme von 1999 – nur noch Rekordjahre. Nach jüngsten Angaben wurde für das erste Halbjahr 2003 mit 19 953 Insolvenzen ein weiterer Anstieg um 9,1 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum registriert. Neben der Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen aller Branchen mußten auch renommierte Unternehmen wie der Baukonzern Philipp Holzmann AG, der Maschinenbauer Babcock Borsig AG, Sachsenring Automobiltechnik AG, Photo Porst AG, Grundig AG und andere nach jahrelangen Schwierigkeiten endgültig Konkurs anmelden.

Allerdings ist die gegenwärtige Pleitewelle kein deutsches Phänomen. In allen kapitalistischen Ländern hat die Zahl der Insolvenzen beträchtlich zugenommen, wenn auch zum Teil in geringerem Tempo und mit größeren Schwankungen. Die durchschnittlichen Steigerungsraten in den Ländern der europäischen Gemeinschaft lagen in den letzten beiden Jahren bei 58 bzw. 10,7 Prozent. Knapp drei Viertel aller Insolvenzen in Europa entfallen auf Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Im Unterschied zu den USA, wo vor allem spektakuläre Megapleiten wie die der Konzerne Enron, Worldcom, Kmart oder United Airline die Wirtschaft merklich erschütterten, gab es in Europa weniger Großpleiten, die außerdem viel geringere Dimensionen aufwiesen. Dagegen war die Gesamtzahl der Unternehmensbankrotte in Europa in den letzten Jahren jeweils mehr als dreimal so hoch wie diejenige in den USA.

Tabelle 2:

Die größten Firmenpleiten in Europa in den Jahren 2001 und 2002

	Umsatz (Mill. ₣)	Beschäftigte	Branche
Swissair (Schweiz)	10.672	72.000	Luftverkehr
Philipp Holzmann (Deutschland)	6.400	23.000	Bauwesen
Babcock Borsig (Deutschland)	5.113	22.000	Maschinenbau
Kirch Media (Deutschland)	3.300	10.000	Medien
Railtrack (Großbritannien)	3.051	11.530	Eisenbahnverkehr
Moulinex (Frankreich)	2.600	21.000	Haushaltselektrik
Sabena (Belgien)	2.091	7.845	Luftverkehr
André (Schweiz)	1.962		Großhandel

Quelle: Zusammenstellung nach Creditreform: Insolvenzen in Europa

Die Bundesrepublik wies während des vergangenen Jahrzehnts die größte Kontinuität bei der Zunahme sowie im vergangenen Jahr den stärksten Anstieg und nach Frankreich die zweithöchste Zahl von Insolvenzen aus. Historische Vergleiche drängen sich auf. Zur Zeit der großen Weltwirtschaftskrise im Jahre 1931 wurden in Deutschland 27 900 Konkurse und Vergleiche gezählt, unter den Bedingungen eines geringeren Unternehmensbestandes einer der gravierendsten Einschnitte in der neueren deutschen Wirtschaftsgeschichte. Unternehmen aller Größenklassen, Branchen und Regionen waren von Zusammenbrüchen betroffen. Der Pleitenrekord von damals hatte mehr als sechs Jahrzehnte Bestand.

Danach bremsten Kriegsvorbereitung, Krieg und die Besonderheiten der Nachkriegsentwicklung zunächst den Anstieg von Insolvenzen. In den Jahren des »Wirtschaftswunders« erhöhte sich die Zahl ebenfalls nur moderat. Mit 2 827 Insolvenzen wurde 1962 der niedrigste Jahreswert seit Einführung der amtlichen Konkursstatistik im Jahre 1895 ausgewiesen, ein Niedrigrekord, der unangefochten bis heute steht. Denn die zunehmend krisenhafte Wirtschaftsentwicklung ließ in den siebziger und achtziger Jahren die Zahl der Insolvenzen bald wieder ansteigen. Während der konjunkturellen Aufschwünge erfolgte ihr zeitweiliges Absinken, aber immer nur bis auf ein Niveau, welches über dem des vorangegangenen Tiefstands lag.

Für das Jahr 2003 wird in der Bundesrepublik mit mehr als 40 000 Firmenpleiten gerechnet, was einer Zunahme von gut 6 Prozent gegenüber 2002 entspricht. Damit würden insgesamt zwar nur 1,25 Prozent der Unternehmen von Pleiten erfaßt; die negativen Auswirkungen der Insolvenzen auf Wirtschaft und Beschäftigung sind jedoch nicht gering und nehmen noch zu. Denn der Umfang vernichteter Unternehmenspotentiale wächst, die insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit erhöht sich und der Volkswirtschaft werden weitere materielle und finanzielle Schäden zugefügt.

Mittelstand im Zentrum des Insolvenzgeschehens

Die Insolvenzbetroffenheit von Unternehmen ist unterschiedlich. Ein weitaus überwiegender Teil entfällt auf Klein- und Mittelunternehmen (KMU), was sich zunächst aus der Tatsache erklären läßt, daß diese Unternehmenskategorie zahlenmäßig überwiegt.³ Nur 0,3 Prozent gehören in die Kategorie Großunternehmen. Bei näherer Betrachtung wird aber auch deutlich, daß KMU generell insolvenzanfälliger sind als Großunternehmen. Ihre finanzielle und Marktsituation ist in der Regel schlechter, ihre materiellen und personellen Ressourcen können sich mit denen von Großunternehmen nicht messen. Des weiteren ist erkennbar, daß innerhalb des Sektors der Klein- und Mittelunternehmen selbst große Unterschiede existieren. Klein- und Kleinstunternehmen werden am stärksten von Insolvenzen betroffen.

Die Zahl insolventer Großunternehmen ist statistisch nicht relevant. Trotzdem können Pleiten weniger Großunternehmen höhere volkswirtschaftliche Schäden verursachen und ein Vielfaches an Arbeitsplätzen vernichten als eine Vielzahl von Bankrotten kleiner Firmen. Das war beispielsweise im Jahre 2002 der Fall, als es in der

3 Als Klein- und Mittelunternehmen gelten in der Bundesrepublik gemäß der Definition des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM) Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten und einem Jahresumsatz bis zu 50 Millionen €.

Bundesrepublik eine eher untypische Anhäufung von größeren Insolvenzen gab. Gravierender sind die durch Großpleiten in Gang gesetzten Pleitenketten, die für zahlreiche kleine und mittlere Lieferfirmen zum unverschuldeten Bankrott führen, da deren Forderungen als erste nicht mehr beglichen werden. Der Anteil von Unternehmen, die Schwierigkeiten durch Forderungsausfälle von Kunden erlitten, wird mittlerweile mit 62 Prozent beziffert.

Während Großunternehmen durch ihre wirtschaftliche Bedeutung, ihre hohen Beschäftigtenzahlen, vor allem aber durch ihre weitreichenden Verflechtungs- und Vernetzungsbeziehungen in Wirtschaft und Politik nach einem Bankrott mehr Chancen auf Neuanfang, Übernahme oder teilweise Weiterexistenz haben, trifft das auf die Masse der KMU nicht zu. Die maßgeblichen Beteiligungen der Großbanken an fast allen bedeutenden Unternehmen begünstigen dazu vorrangig solche Lösungen, die neben den Interessen der Banken als Hauptgläubiger auch die Interessen der überschuldeten Großkreditnehmer, an denen sie ja beteiligt sind, bedienen. Die Interessen der kleineren Liefer- und Abnehmerfirmen bleiben unberücksichtigt. Außerdem ist wegen der politischen Brisanz von Großpleiten, wie jüngst die Beispiele des Philipp-Holzmann-Konzerns und die gerade noch abgewendeten Pleiten der Konzerne Mobilcom und Bankgesellschaft zeigten, mit politischer und finanzieller Unterstützung des Staates zu rechnen. Dieser Weg bleibt KMU in der Regel verschlossen.

Insolvenzen sind also in erster Linie ein Problem des mittelständischen Wirtschaftssektors und in besonderem Maße existenzbedrohend für kleine Unternehmen. Mehr als drei Viertel aller insolventen Unternehmen haben nicht mehr als 10 Beschäftigte, nur 1,5 Prozent haben mehr als 100 Beschäftigte. Nach Branchen entfällt ein gutes Drittel der Pleiten auf den gesamten Dienstleistungsbereich, etwas mehr als ein Viertel auf Handel und Gastgewerbe und knapp ein Viertel auf das Baugewerbe. Der Bausektor weist mit 130 Pleiten je 10 000 Unternehmen die höchste Insolvenzquote aus, es folgen Handel mit 61 und Dienstleistungen mit 59 Pleiten. Allein das verarbeitende Gewerbe mit einem Anteil von rund 12 Prozent an allen Insolvenzen, weist mit 50 Pleiten je 10 000 Unternehmen eine geringere Quote aus, hauptsächlich deshalb, weil die Unternehmen durchschnittlich etwas größer sind.

Nach Umsätzen zeigt sich ein ähnliches Bild. Im Jahre 2002 entfiel auf Unternehmen mit Jahresumsätzen von jeweils bis zu 500 000 € – das entspricht lediglich der Hälfte des Umsatzes, der als Obergrenze für die Klassifizierung als Kleinunternehmen gilt – genau die Hälfte aller Insolvenzen. Auf Unternehmen mit Umsätzen bis 5 Millionen € – das ist die untere Grenze für die Einordnung als Mittelunternehmen – entfielen rund 92 aller Insolvenzen. Dagegen kamen auf Großunternehmen mit Umsätzen von jeweils 50 Millionen € und mehr lediglich 0,6 Prozent.⁴

Vom Statistischen Bundesamt werden die Insolvenzen nach Forderungsgrößenklassen gegliedert. Demnach entfallen auf ein Drittel der bankrotten Unternehmen Forderungen bis zu jeweils 50 000 €, auf weitere 40 Prozent Forderungen zwischen 50 000 und 250 000 €. Knapp zwei Drittel aller insolventen Unternehmen mußten demnach

4 Creditreform: Insolvenzen – Neugründungen – Lösungen, Jahr 2002.

5 Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden, Nr. 4/2003.

6 Deutsche Bundesbank: Monatsbericht, April 2003.

7 Vgl. Creditreform: Insolvenzen – Neugründungen – Löschungen, I. Halbjahr 2003.

8 Creditreform: Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand, Frühjahr 2003.

wegen Schulden bis zu einer viertel Million € ihre Zahlungsunfähigkeit erklären.⁵ Nur 169 der insolventen Unternehmen hatten Schulden von jeweils mehr als 25 Millionen €. Auf sie entfiel mit insgesamt 29 Milliarden € allerdings die Hälfte aller insolvenzbedingten Forderungen.

Unterschiedlich zu beurteilen sind die spezifischen Ursachen der Insolvenzen nach Branchen, Unternehmensgröße und Standort. Weitere Unterschiede resultieren aus der spezifischen Marktsituation, aus Management- und Qualifikationsproblemen, aus der Innovationsfähigkeit sowie aus anderen Gegebenheiten. Eine generelle Hauptursache – gleichfalls mit im einzelnen sehr unterschiedlichen Merkmalen – stellen die ungelösten Finanzierungsprobleme für den Mittelstand dar. Die Finanzlage einer Vielzahl von KMU ist extrem schlecht, vor allem ihre Eigenkapitaldecke ist völlig unzureichend. Angaben darüber variieren erheblich, stimmen jedoch in der Grundaussage überein. So errechnete die Deutsche Bundesbank für 2002 eine durchschnittliche Eigenkapitalausstattung der KMU von 17,5 Prozent.⁶ Andere Berechnungen und Schätzungen liegen noch darunter. Vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband wurde die durchschnittliche Eigenkapitalausstattung auf etwa 7 Prozent beziffert und Creditreform schätzt, daß die Eigenkapitalquote bei mindestens zwei Fünfteln der KMU unter 10 Prozent liegt.⁷ Nach allgemeinen Erkenntnissen gelten Unternehmen mit weniger als 10 Prozent Eigenkapital als hoch insolvenzgefährdet und erst ab einer Quote von etwa 30 Prozent finanziell als einigermaßen stabil. Unter 10 Prozent liegen die Eigenkapitalquoten beispielsweise bei 53,6 Prozent der Unternehmen in der Holz-, Papier- und Druckindustrie, bei 46,2 im Kreditgewerbe und bei 45,2 Prozent der Unternehmen im Ausbau- und Bauhilfsgewerbe.⁸

Tabelle 3:
**Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes
bezogen auf die Bilanzsumme**

	1999	2000	2001	2002
Bis 10 Prozent	36,4	39,4	37,2	37,7
Bis 20 Prozent	25,7	27,2	25,1	27,0
Bis 30 Prozent	14,2	14,8	16,2	17,7
Über 30 Prozent	18,3	14,6	15,4	17,7

Quelle: Creditreform: Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand, Neuss, verschiedene Jahrgänge.

Klein- und Mittelunternehmen in Deutschland verfügen im Vergleich zu Unternehmen anderer Länder im Durchschnitt über weniger Eigenkapital. Sie sind stärker auf die Finanzierung durch Banken angewiesen, wodurch sie aber unter den gegenwärtigen Veränderungen auf den Finanzmärkten unter besonders starken Anpassungsdruck geraten sind. Strengere Ratingpraxis der Banken wird dazu führen, daß die Eigenkapitalproblematik als Bonitätskriterium für Unternehmen künftig noch größeren Stellenwert erhält. Eigenkapital

muß vor allem als Haftungskapital fungieren, um Verluste ausgleichen zu können und um eine mögliche Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. Zugleich stellt es bei der Aufnahme von Fremdkapital eine Sicherheit für den Kreditgeber dar. Unzureichendes oder fehlendes Eigenkapital von Unternehmen ist für die Kreditvergabe der Banken folglich ein Risiko, welches von letzteren immer weniger akzeptiert wird – nicht aus eigener Existenzangst, sondern unter dem Aspekt, weniger hohe Gewinnraten realisieren zu können. Selbst Spitzenverdiener Deutsche Bank bedient sich des Arguments vom zu großen Risiko bei der Reduzierung seines Kreditvolumens für den Mittelstand.

Seit Jahren ziehen sich die Großbanken aus dem wenig profitablen Geschäft mit KMU zurück. Nach Angaben der Bundesbank hat sich das Volumen der Kreditausreichung an Unternehmen in der Bundesrepublik verringert. Auch der Markt für Beteiligungskapital ist rückläufig. Von Creditreform befragte Unternehmen teilten mit, daß Kreditwünsche von ihnen zur Hälfte von den Banken abgelehnt würden.⁹ Mit Recht wird somit die restriktive Kreditvergabepolitik der Banken für die finanzielle Misere der KMU mitverantwortlich gemacht. Sollte sich die Eigenkapitalsituation der KMU nicht in den nächsten Jahren erheblich verbessern, ist das Ende der Insolvenzwelle nicht abzusehen. Die Beschlüsse im Rahmen des Abkommens Basel II stellen ein weiteres, noch nicht voll absehbares Handicap für die Finanzierung mittelständischer Unternehmen dar. Im Zentrum der diesbezüglichen Diskussionen steht eine mögliche Verteuerung von Krediten sowie eine noch restriktivere Haltung der Banken gegenüber den KMU.

Von der Bundesregierung wird gern darauf hingewiesen, daß der Mittelstand »Beschäftigungsmotor«, »Herzstück« und »Rückgrat« der Wirtschaft sei. Immerhin hatten mittelständische Unternehmen Anteile von 99,7 Prozent an der Zahl, 43,2 Prozent am Umsatz, 69,7 Prozent an der Beschäftigung und 48,8 Prozent an der Bruttowertschöpfung aller Unternehmen. Doch die Kluft zwischen der kleinen Zahl finanzstarker, miteinander verflochtener Monopolgruppen auf der einen Seite und der großen Masse meist finanzschwacher KMU auf der anderen Seite wird größer.¹⁰ Die Existenz- und Wachstumsbedingungen für Klein- und Mittelunternehmen haben sich generell verschlechtert.

Im vierzehnten Gutachten der Monopolkommission wird festgestellt, daß die zehn größten Unternehmen in der Bundesrepublik infolge zunehmender Konzentration »in sämtlichen Branchen« ihren Anteil an der Wertschöpfung, am Anlagevermögen und am Cash Flow aller Unternehmen im Zeitraum 2000/2001 gegenüber 1998/1999 weiter erhöhen konnten.¹¹ Für den gleichen Zeitraum stellte das Institut für Mittelstandsforschung eine leichte Zunahme des Anteils der KMU an der Beschäftigung fest; jedoch eine Abnahme ihres Anteils am Umsatz, an der Wertschöpfung und an den Bruttoinvestitionen aller Unternehmen.¹²

Insolvenzen hemmen Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland
Ostdeutschland hat, gemessen an der Bevölkerung und am Unternehmensbestand, einen überdurchschnittlich hohen Anteil an den

9 Creditreform: Insolvenzen – Neugründungen – Löschungen, I. Halbjahr 2003.

10 Vgl. Dietmar Wittich: Neues aus der Klassengesellschaft, in: UTOPIE kreativ, H. 157 (November 2003), S. 989 f.

11 Vierzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2000/2001, Bundestagsdrucksache 14/9903.

12 Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn, Mittelstand – Definition und Schlüsselzahlen.

Firmenzusammenbrüchen in der Bundesrepublik. Nach dem relativ kurzen Gründungsboom Anfang der neunziger Jahre erreichte die Zahl der Insolvenzen schon 1992 mit 1 092 Fällen ein hohes Niveau und ist seitdem, mit Ausnahme des Jahres 1999, ständig weiter gestiegen. 2002 belief sie sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes auf 8 847, was einem Anteil von 23,5 Prozent an allen Unternehmensinsolvenzen entsprach. Zwar ist dieser Anteil geringer als in den Jahren davor; das weist aber weniger auf eine verbesserte Lage im ostdeutschen Unternehmenssektor hin, als vielmehr auf die Tatsache, daß nun auch Unternehmen in Westdeutschland verstärkt von Firmenpleiten erfaßt werden.

Wie instabil die ostdeutsche Unternehmenslandschaft ist, zeigt ein Vergleich der Häufigkeit von Insolvenzen. Kamen im Durchschnitt der Bundesrepublik im vergangenen Jahr auf 10 000 Unternehmen 129 Insolvenzen, so lag die Häufigkeit in Ostdeutschland weit darüber und reichte von 189 Unternehmen in Thüringen bis zu 300 Unternehmen in Sachsen-Anhalt. In jedem der neuen Bundesländer gab es, bezogen auf den jeweiligen Unternehmensbestand, mehr Insolvenzen als in den alten Ländern. Der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland ist teilweise noch größer geworden. In der Region Ostdeutschland haben Insolvenzen weitaus negativere Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Beschäftigungslage als in Westdeutschland und tragen erheblich zur Stagnation von Wachstum und Investitionen und zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit bei.

»Nirgendwo anders hat sich so schnell und mit so viel Tatkraft eine neue Unternehmerschicht entwickelt«, heißt es im jüngsten Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit. Es ist die Rede von 530 000 selbständigen Unternehmen in den neuen Bundesländern.¹³ Allerdings belegen Vergleiche mit dem Unternehmensbestand in den alten Bundesländern, daß nach wie vor eine große Lücke existiert, durch die, nach Einschätzung des IWH Halle, auf längere Sicht der wirtschaftliche Aufholprozeß wesentlich gehemmt wird.¹⁴ Der hohen Zahl von Insolvenzen steht verschärfend eine sinkende Zahl von Unternehmensneugründungen gegenüber. Dadurch ist die Unternehmensdichte (Unternehmen je 10 000 Einwohner), die als Maßstab für die Intensität wirtschaftlicher Aktivitäten in der Region gilt, geringer als in Westdeutschland. Insbesondere trifft das für die Gruppe der wirtschaftlich bedeutenderen Unternehmen zu, die der Umsatzsteuerpflicht unterliegen bzw. bei den IHK eingetragen sind.

Durch die geringe Unternehmensdichte wird in Ostdeutschland die Herausbildung von regionalen Unternehmensclustern und Netzwerken erschwert, die zur Intensivierung der Wirtschaftsaktivitäten führen und schließlich Wertschöpfung und Beschäftigung in der Region erhöhen können.

Insolvenzfördernd wirkt die Tatsache, daß ostdeutsche Unternehmen im Schnitt kleiner sind als Unternehmen in Westdeutschland. Die vorwiegend kleinbetriebliche Größenstruktur der Unternehmen spiegelt sich denn auch im Pleitegeschehen der neuen Bundesländer wider. Im Jahre 2002 wiesen 58,2 Prozent der ostdeutschen Unternehmen Umsätze bis zu einer halben Million € aus, in Westdeutschland 47,3 Prozent. Ab einer halben Million € steigt entsprechend der Anteil westdeutscher Unternehmen. Nach Angaben von

13 Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin 2003.

14 IWH Halle: Wirtschaft im Wandel, Halle, Nr. 9/2001.

Creditreform wurden 2002 in Westdeutschland 210 Unternehmen mit Umsätzen von jeweils 50 Millionen € und mehr zahlungsunfähig. In Ostdeutschland, wo es viel weniger Großunternehmen gibt, waren es immerhin noch 20, die eben aus diesem Grund aber wirtschaftlich auch viel schwerer ins Gewicht fielen. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Vergleich der Beschäftigtenzahlen insolventer Unternehmen.

Die Branchengliederung der Unternehmensbankrotte weist in den letzten Jahren auf eine Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland hin. Dennoch ist sie im Zusammenhang mit dem geringeren Wirtschaftspotential und der höheren Zahl von Insolvenzen ein Merkmal der ineffizienteren Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands geblieben. In jedem Wirtschaftsbereich liegt beispielsweise der Anteil insolventer Unternehmen in den neuen Bundesländern deutlich über dem Durchschnitt der Bundesrepublik insgesamt.

Tabelle 4:

**Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen
in Ostdeutschland im Jahre 2002**

	Anzahl	Anteil (in %) an allen Insolvenzen in Ostdeutschland	Anteil (in %) an allen Insolvenzen des Wirtschaftszweiges in der BRD
Verarbeit. Gewerbe	1.010	9,1	25,6
Baugewerbe	3.640	32,8	41,7
Handel	2.480	22,3	28,3
Dienstleistungen	3.970	35,8	24,9

Quelle: Creditreform: Insolvenzen – Neugründungen – Lösungen, Jahr 2002, Neuss 2002; teilweise berechnet.

Anfang der neunziger Jahre entstandene Deformationen und Disproportionen im ostdeutschen Unternehmensgefüge haben sich als Erbe der transformationsbedingten Liquidation von Unternehmenspotentialen großen Stils und der sofortigen Unterordnung der ostdeutschen Wirtschaft unter die Interessen des in Westdeutschland verankerten Großkapitals somit verfestigt.

Das Baugewerbe, welches Anfang der neunziger Jahre rasch expandierte, ist noch immer größter Pleitenbereich. Im verarbeitenden Gewerbe, dem entscheidenden Bereich für wirtschaftliches Wachstum, gibt es die wenigsten Insolvenzen. Wenn jedoch in Betracht gezogen wird, daß gerade dieser Bereich im Vergleich zu Westdeutschland besonders klein und von ungünstigerer Struktur ist, so kann der Schluß gezogen werden, daß die relativ wenigen Pleiten ein relativ hohes wirtschaftliches Gewicht haben und Entwicklungsprozesse empfindlich hemmen können.

Das intensive Insolvenzgeschehen in der Bundesrepublik hat einen so hohen Stellenwert als Hemmnis der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung erlangt, daß wirtschaftspolitische Reaktionen nicht mehr ausbleiben können. So werden von Creditreform die Ar-

beitsplatzverluste zusammengebrochener Unternehmen für das Jahr 2002 mit 590 000 beziffert. Vom Statistischen Bundesamt wurden 274 000 betroffene Beschäftigte gemeldet, die jedoch, wie eingeräumt wurde, als Untergrenze gelten dürften, da einerseits die Meldungen der Finanzämter sehr lückenhaft seien und andererseits Entlassungen oft schon im Vorfeld der Bankrotterklärung vorgenommen werden. In manchen Fällen werden nicht alle Beschäftigten sofort entlassen sondern für einen begrenzten Zeitraum in spezielle Gesellschaften überführt. In jedem Falle allerdings ist angesichts dieser Zahlen dringend Handlungsbedarf geboten.

Die Verbesserung der Existenzbedingungen des Mittelstandes insgesamt und insbesondere der Unternehmen in den neuen Bundesländern muß dabei im Vordergrund stehen. Von Wirtschaftsminister Clement wurde Anfang des Jahres die Offensive »pro Mittelstand« vorgestellt. Sie hat Steuererleichterungen für Kleinbetriebe, Aussetzung der Mitgliedsbeiträge an die Kammern der Wirtschaft für Existenzgründer, Erleichterungen bei der Vergabe von Kleinkrediten und andere Maßnahmen zum Inhalt. Abgesehen von der unzureichenden finanziellen Unterstützung sind die vorgesehenen Maßnahmen schon deshalb wenig erfolgversprechend für die Abwendung der hohen Insolvenzgefährdung von KMU, weil sie Stückwerk bleiben.

Unter den wirtschaftlichen und politischen Bedingungen in der Bundesrepublik dürften kaum Chancen vorhanden sein, eine nachhaltige Mittelstandsförderung, eingebettet in konzeptionell umfassende wirtschaftspolitische Vorstellungen über die künftige Rolle von KMU, überhaupt in die Wege zu leiten. Eines der wichtigsten Ziele wäre die dauerhafte Verbesserung der Finanzsituation von KMU. Das müßte Änderungen in der Haltung der Banken gegenüber KMU einschließen, was aber entsprechend der Logik der Kapitalverwertung im Widerspruch zu den Interessen des Finanzkapitals steht. Wirksame Mittelstandsförderung bedarf starker politischer Unterstützung. Die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik, die bisher unübersehbar die Interessen des Großkapitals schützt und stützt, müßte eine radikale Wende vollziehen.

Wie wenig wirksam wirtschaftspolitische Maßnahmen wirklich sind, zeigen zum Beispiel die Ergebnisse der neuen Insolvenzordnung. Sie wurde im Jahre 1999 in der Bundesrepublik eingeführt, um die bis dahin geltende nicht mehr zeitgemäße Konkurs- und Vergleichsordnung sowie die in den neuen Ländern geltende Gesamtvollstreckungsordnung zu ersetzen. Zu ihren Hauptzielen gehörte es, die Sanierung und den Fortbestand von in Zahlungsschwierigkeiten geratene Unternehmen zu ermöglichen und Kleinunternehmen die Schuldenbefreiung zu erleichtern. Auf diese Weise erhoffte die Bundesregierung, die Zahl der Insolvenzen zu senken und – da entschuldete Unternehmer eher einen neuen Anfang wagen – eine neue Gründungswelle zu initiieren. Diese Ziele wurden bisher nicht erreicht. »Vor allem die Banken, Finanzämter und EU-Behörden zeigen sich kaum kompromissbereit«, nennt das Institut für Mittelstandsforschung als einen der Hauptgründe dafür.¹⁵ Das neue Insolvenzrecht wurde bereits Ende 2001 wieder novelliert.

15 Institut für Mittelstandsforschung: Erste Auswirkungen der Insolvenzrechtsreform 1999 auf mittelständische Unternehmen, Bonn 2001.